



Konrad
Adenauer
Stiftung

50 Jahre Kompetenz weltweit



Europabüro · European Office · Bureau Européen

Schwieriger Sieg für Balkenende – Die Wahlen in den Niederlanden vom 22. November 2006

Dr. Peter R. Weilemann / Stefanie Knörck

November 2006

Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro, Avenue de l'Yser 11, B-1040 Bruxelles

 +32-2-743.07.43

 +32-2-743.07.49

 sekretariat@eukas.be

 <http://www.kas.de>

Die Parlamentswahlen vom 22. November 2006 in den Niederlanden haben den amtierenden Premierminister Jan Peter Balkenende und seine Partei, den CDA (Christen Democratisch Appèl), bestätigt, aber kein klares Mandat für die Zusammensetzung der künftigen Regierungskoalition erteilt. Es steht zu erwarten, dass sich die Bildung einer neuen Regierung lange hinziehen wird.

Das Wahlergebnis

Der CDA ist mit 41 Sitzen weiterhin stärkste Kraft im Parlament, hat aber im Vergleich zu den letzten Wahlen 2003 drei Sitze verloren. Der bisherige Koalitionspartner, die liberale VVD (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie) konnte ihr Ergebnis von 2003 nicht wiederholen, sie erreichte 22 Sitze, sechs weniger als 2003. Die stärkste Oppositionspartei, die sozialdemokratische PvdA musste starke Verluste hinnehmen. Sie verlor 10 Sitze und kommt nun auf 32 Abgeordnete. Der eigentliche Gewinner dieser Wahl ist die links von der Partei der Arbeit angesiedelte SP (Socialistische Partij). Sie verbesserte sich von neun Sitzen bei der Wahl 2003 auf 26 Sitze. GroenLinks kommt auf 7 Sitze, die ChristenUnie konnte ihre Sitze verdoppeln und ist nun mit 6 Abgeordneten vertreten. Die linksliberale D66 (Democraten 66), die das vorzeitige Ende der Regierung Balkenende ausgelöst hatte, verlor die Hälfte ihrer Sitze und zieht nur noch mit 3 Abgeordneten ins Parlament ein. Am rechten Rand des Parteienspektrums konnte die ‚Partei von der Vrijheid‘ – eine Neugründung des ehemaligen VVD Mitglieds Geert Wilders – einen überraschenden Erfolg verbuchen und kann mit 9 Abgeordneten ins Parlament einziehen. Die ehemalige Lijst Pim Fortuyn, heute List Vijf Fortuyn, und Een NL, Konkurrenten der Partei von der Vrijheid errangen keine Sitze. Erwähnenswert ist das Wahlergebnis der Tierschutzpartei ‚Partij voor de Dieren‘, diese zieht mit 2 Sitzen zum ersten Mal ins Parlament ein. Das Ergebnis der SGP (Staatkundig Gereformeerde Partij) blieb stabil, sie kam erneut auf 2 Sitze.

Die Fragmentierung der Parteienlandschaft der Niederlande nimmt zu; im neuen Parlament werden mehr Parteien vertreten sein als zuvor. Auffallend ist der starke Zulauf zu den Parteien am linken und rechten Rand. Die SP und die Pvd Vrijheid sind die Parteien mit den größten Stimmenzuwächsen. Insgesamt hatten sich 26 Parteien um den Einzug in die Zweite Kammer beworben.

Die Wahlergebnisse im Überblick

Partei	Wahlergebnis 2003		Wahlergebnis 2006 (97% der Stimmen ausgezählt)	
	%	Sitze	%	Sitze
CDA	28,6	44	26,5	41
PvdA	27,2	42	21,1	32
VVD	17,9	28	14,7	22
SP	6,3	9	16,6	26
List 5 Fortuyn	5,6	8	0,2	0
GroenLinks	5,1	8	4,5	7
D66	4,0	4	1,9	3
ChristenUnie	2,0	3	3,9	6
SGP	1,5	2	1,5	2
Pvd Dieren	0,4	0	1,8	2
Een.NL	---	---	0,6	0
Pvd Vrijheid	---	---	5,9	9
Andere	1,4	0	0,8	0
Gesamt	100,0	150	100,0	150

Wesentliche Bestimmungsgründe

Das gute Abschneiden des CDA hatten noch im Sommer dieses Jahres, als die alte Koalition auseinanderbrach, nur Optimisten erwartet. Nach herben Verlusten bei den Kommunalwahlen lagen Balkenende und seine Partei in den Umfragen weit hinter dem Herausforderer Wouter Bos und seiner PvdA. Doch im Laufe des Wahlkampfes konnte der Premierminister seinen Konkurrenten immer stärker hinter sich lassen. Er agierte souveräner als es seinem bisherigen Image entsprach, blieb aber sich und seinen Zielen treu. Er wollte den Sieg („Wir greifen nach Gold“). Das begonnene Reformprogramm (weniger Staat und Bürokratie, ausgeglichener Haushalt, Sicherung der Altersvorsorge) sollte zu Ende gebracht werden und dürfe von den Sozialistischen Parteien nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden. Zu Gute kamen ihm der beginnende wirtschaftliche Aufschwung und eine niedrige Arbeitslosenquote.

Der Stern von Bos begann bereits nach der Sommerpause zu verblassen. Fehler in der eigenen Wahlprogrammatik, die vor allem die Älteren verprellte, und ein zu starkes Setzen auf eine große Koalition haben dazu beigetragen. Entscheidend aber war, dass seine Partei kein Konzept gegen die Konkurrenz von Links hatte. 25 % der bisherigen PvdA – Wähler, die eine große Koalition aus CDA und PvdA verhindern wollten gingen zur SP. Aufgrund dieser Tatsache distanzierte sich Spitzenkandidat Wouter Bos in den letzten Tagen des

Wahlkampfes deutlich von der CDA und näherte sich SP und GroenLinks weiter an. Dies hatte jedoch keinen Erfolg mehr.

Die populistische und vor allem in den Städten gut verankerte SP machte sich für einen stärkeren Sozialstaat stark. Sie profitierte von einer Mobilisierung bisheriger Nichtwähler und einem zunehmenden Protestpotential. So haben 15% der ehemaligen List Pim Fortuyn – Wähler SP gewählt. Mit Ausschlag gebend aber für das gute Abschneiden der PS dürfte die Wahlkampfführung ihres Vorsitzenden Marijnsen gewesen sein.

Der Wahlkampf der VVD war durch internen Führungsstreit geprägt. Spitzenkandidat Mark Rutte war nur mit knapper Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt worden, mittlerweile favorisiert die Mehrheit der Partei Rita Verdonk, Listenzweite und umstrittene Ministerin für Immigration und Integration. Die beiden sind im Wahlkampf nicht als Team aufgetreten, der offensichtliche Führungsstreit hatte deutliche Auswirkungen auf die Stimmanteile der Partei. Sie verlor 18% ihrer Wähler an den CDA. Ein weiterer Grund hierfür ist, dass die VVD es nicht geschafft hatte, die positiven Bilanzen der Regierungspolitik für sich in Anspruch zu nehmen.

Die ChristenUnie ist ein möglicher neuer Partner in einer künftigen Regierungskoalition. Sie setzt sich als christlich-calvinistisch geprägte Partei für ein Zusammenleben nach Grundwerten der Bibel ein. Dazu gehört auch die Ablehnung von Abtreibung, Euthanasie und Homo-Ehe. In gesellschaftspolitischen Fragen vertritt sie eher konservative Ansichten, in Fragen der Umwelt- und Wirtschaftspolitik eher linke. Mit ihren Themen Jugend- und Familienpolitik und Rückbesinnung auf traditionelle Werte, so Meinungsforscher, habe sie neue Wähler über die eigene Klientel hinaus ansprechen können und den Nerv vieler Niederländer getroffen.

Die Partei von der Vrijheid, die mit Parolen gegen eine weitere Islamisierung der niederländischen Gesellschaft Wahlkampf machte, profitierte davon, dass die etablierten Parteien das Thema Migration und Integration tot zu schweigen versuchten obwohl es, Umfragen zu Folge nach wie vor zu den zentralen Themen gehört. Der Versuch von Ministerin Verdonk (VVD), sich mit härteren Maßnahmen, wie ein Verbot der Burkas zu profilieren, kam für ihre Partei zu spät.

Die D66 ließ sich während des Wahlkampfes nicht einem Lager zuordnen. So propagierte Spitzenkandidat Alexander Pechthold einen entspannteren Kurs in der Integrationspolitik und stellte sich damit gegen die Politik der derzeitigen Regierung. Auf der anderen Seite machte D66 aber auch auf die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen einer möglichen linken

Regierung aufmerksam. Der Preis für diese Politik zwischen den Lagern war hoch. Sie dürfte in Zukunft keine große Rolle mehr spielen.

Die während des Wahlkampfes zu beobachtende Lagerbildung der Parteien schlug sich auch in den Wählerwanderungen nieder. Auf der einen Seite standen die Regierungsparteien CDA und VVD, auf der anderen Seite die PvdA, die SP und GroenLinks. Zwischen beiden Seiten gab es wenig Bewegung, man tat sich schwer, dem anderen Lager Stimmen zu entziehen. Stimmenumverteilungen gab es zum großen Teil nur im eigenen Lager.

Wie geht es weiter

Von welcher Koalition die Niederlande in Zukunft regieren werden, ist noch offen. Die Fortsetzung der bestehenden Minderheitsregierung aus CDA und VVD ist aufgrund der Stimmenverluste beider Parteien kaum möglich. Auch eine linke Koalition aus PvdA, SP und GroenLinks hat keine Mehrheit im Parlament. Die von allen ungeliebte große Koalition kommt ebenfalls nicht auf die erforderlichen 76 Sitze. Als mögliche dritte Partei in einer Koalition mit CDA und PvdA kommen die ChristenUnie und die SP in Frage. Bos forderte die CDA bereits dazu auf, die SP in Koalitionsverhandlungen mit einzubeziehen. Eine Koalition mit der SP findet jedoch beim CDA keinen großen Anklang. Es ist auf jeden Fall mit langen und schwierigen Verhandlungen zu rechnen. Am Freitag wird Königin Beatrix den sogenannten „Informateur“ benennen, dem die Sondierungen für die Regierungsbildung obliegen. Am 30. November tritt das neu gewählte Parlament zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Trotz dieser Ungewissheiten bei der Regierungsbildung zeichnen sich zwei Trends ab. Die rechnerische Mehrheit in den Niederlanden liegt bei den Parteien der Linken. Soziale Sicherheit wird ein wichtiges Thema bleiben. Nicht überraschend erklärte Premierminister Balkenende noch in der Wahlnacht, der CDA werde für mehr Wohlfahrt in den Niederlanden und „mehr Sicherheiten für Wohnen, Vorsorge und Einkommen“ arbeiten.

Auch der europapolitische Kurs wird eher noch vorsichtiger werden. Die beiden wahrscheinlichsten Kandidaten für die Rolle des dritten Koalitionspartners – SP und CU – gehören zu den schärfsten Gegnern des Verfassungsvertrages und waren die eigentlichen Gewinner des gescheiterten Referendums von 2005.

Zum Hintergrund

Die Wahlen waren vorgezogen worden, nachdem der bisherige Koalitionspartner des CDA und der VVP, D66 im Sommer aus der Regierung ausgetreten war. Im Vorfeld hatte D66 ein von der Opposition initiiertes Misstrauensvotum gegen Rita Verdonk (VVD), Ministerin für Immigration und Integration, unterstützt. Als das Misstrauensvotum fehlschlug und Ministerpräsident Balkenende an der Ministerin festhielt, trat D66 aus der Regierung aus. Seitdem regierte eine Minderheitsregierung aus CDA und VVD.

Die letzten Tage des Wahlkampfes wurden weniger von inhaltlichen Auseinandersetzungen als von Spekulationen über mögliche Koalitionen geprägt. Auch im Vorfeld gab es kein Thema, das den Wahlkampf dominierte.

Im Bereich der Gesundheits – und Sozialpolitik haben die Parteien sehr unterschiedliche Positionen. Die Regierungsparteien CDA und VVD wollen am bisherigen Kurs festhalten und das System durch weitere Reformen und Einsparungen effizienter gestalten. PvdA, SP und GroenLinks wollen mehr Geld für die Gesundheitssysteme bereitstellen und die mit der Gesundheitsreform eingeführte no-claim-Regelung wieder abschaffen. Diese sieht Rückerstattungen für alle diejenigen vor, die über eine bestimmte Zeit kaum oder keine ärztlichen Leistungen in Anspruch genommen haben.

Das Thema Bürokratieabbau stand bei allen Parteien auf der Agenda, auch die vorgeschlagenen Maßnahmen sind ähnlich. So soll die Zahl der Regierungsbeamten verringert werden, Behörden sollen effizienter gemacht werden, indem man Verwaltungsebenen streicht. Der CDA möchte nur noch ein Viertel aller vakanten Stellen in Behörden besetzen, die PvdA fordert eine dauerhafte Deregulierungskommission. Allgemein besteht jedoch Zweifel, ob die Parteien ihre Pläne nach den Wahlen wirklich durchsetzen werden.

Ministerin Verdonk (VVD) sorgte im Verlauf des Wahlkampfes für Kontroversen. Zuletzt machte sie durch ihre Ankündigung, im Falle einer weiteren Regierungsbeteiligung stellvertretende Ministerpräsidentin werden zu wollen, auf sich aufmerksam. Dies geschah ohne Absprache mit dem Parteivorsitzenden Mark Rutte. Der Vorfall verdeutlicht die Führungsprobleme, die die VVD während des gesamten Wahlkampfes hatte.

Verdonk machte allerdings nicht nur durch interne Streitigkeiten auf sich aufmerksam. Sie ist dafür bekannt im Bereich der Integrationspolitik eine harte Linie zu verfolgen. So stellte sie am 17.11.2006 im Parlament einen Gesetzesentwurf zum Verbot der Burka vor. Dies sei ihrer

Meinung nach aus Sicherheitsgründen notwendig. Muslimische Verbände kritisierten das Gesetz als unverhältnismäßig, die Opposition sah darin einen wahltaktischen Schachzug. Auffallend war, dass der Vorschlag im Ausland deutlich heftiger diskutiert wurde als in den Niederlanden selbst.

Das Thema Integration spielte trotz des Vorstoßes von Verdonk (VVD) in diesem Wahlkampf bei weitem nicht so eine große Rolle wie im Jahr 2002. Alle großen Parteien verlangen mittlerweile, dass Ausländer ausreichende Niederländischkenntnisse nachweisen müssen. PvdA und GroenLinks wollen für die Integration mehr Geld bereit stellen, die VVD spricht sich für eine effizientere Bearbeitung von Asylanträgen aus.

Für Aufmerksamkeit sorgte während des Wahlkampfes der Ausschluss dreier Kandidaten des CDA und der PvdA von den Wahllisten. Beide Parteien hatten ihre Wahlprogramme um eine Verurteilung des Völkermordes an den Armeniern durch die Türkei während des ersten Weltkriegs ergänzt. Die türkischstämmigen Abgeordneten weigerten sich, die Wahlprogramme zu unterschreiben und wurden daraufhin von den Listen gestrichen. Dies führte besonders für die PvdA zu Stimmeinbußen unter den türkischstämmigen Wählern

Das Thema Europa wurde in diesem Wahlkampf größtenteils gemieden. In der Bevölkerung ist das Thema nach dem ‚Nein‘ zur Verfassung im letzten Jahr weiterhin unbeliebt. Um keine Stimmverluste zu riskieren, vermieden es die Parteien, Europa zu stark zu thematisieren.

Die kürzlich veröffentlichten Daten zum Wirtschaftswachstum bestätigten die Regierungspolitik Balkenendes (CDA). Die Wirtschaft wächst weiter während die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Auch den am 16. November veröffentlichten Armutsbericht legte der CDA zu seinen Gunsten aus. Zwar ist die Armut im Jahr 2005 weiter gestiegen, für die Jahre 2006 und 2007 wird jedoch ein Rückgang prognostiziert. Trotzdem warf Wouter Bos (PvdA) der Regierung vor, die Unterschiede zwischen Arm und Reich durch ihre Politik zu verschärfen. Die PvdA kritisierte die Kürzung der Sozialleistungen durch die Regierung und hielt ihr vor, dass die Wirtschaft nur auf Kosten der armen Bevölkerung und des Mittelstands so stark wachsen konnte. Bos forderte ein sozialeres Land, insbesondere die Situation in den Altenheimen und Krankenhäusern will er verbessern.